

David Teiner

Das deutsche Engagement in der internationalen Krisenbewältigung vor vielfältigen Herausforderungen

Das Jahr 2023 hielt für Deutschlands Beteiligung an internationaler Krisenbewältigung Intensivierungen des Entscheidungsdrucks bereit, der wie im Falle der UN-Friedensmission in Mali, recht absehbar war, aber auch, zumindest in ihrer Intensität, unerwartete Ereignisse. Das wohl präsenteste Beispiel dafür ist der groß angelegte Angriff der palästinensischen Hamas auf zivile und militärische Einrichtungen in Israel, sowie die massenhafte Ermordung und Entführung israelischer Zivilist:innen und die darauf folgende militärische Reaktion Israels, die eine humanitäre Katastrophe im Gaza-Streifen auslöste.

Gleichzeitig blieb der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch in 2023 ein Feld, in dem sich die deutsche Außenpolitik weiter engagierte. Neben diesen beiden medial sehr prominenten Herausforderungen war das deutsche Engagement in der internationalen Krisenbewältigung aber auch mit verschiedenen anderen Dynamiken konfrontiert, die hier thematisiert werden sollen. Deutschland versucht sich auf verschiedene Weisen in Bemühungen der internationalen Krisenprävention und

-bewältigung einzubringen. Diese nimmt in den meisten Fällen drei mögliche Formen an, die ebenfalls in 2023 deutlicher Veränderung unterworfen wurden: Erstens, *Peacekeeping*, also Konfliktinterventionen durch internationale Organisationen, wie den Vereinten Nationen (UN). Zweitens, *Peacemaking*, worunter Internationale Mediationsversuche, um Konflikte beizulegen, fallen. Drittens, *Peacebuilding*, also die nachhaltige Förderung friedlicher Ordnungen zur Verhinderung des erneuten Ausbrechens von Gewaltkonflikten.

Peacekeeping: Das Ende von MINUSMA

Im Bereich des Peacekeeping beteiligt sich Deutschland an verschiedenen Friedensmissionen, allen voran an denen der UN. *Abbildung 1* zeigt dabei eindrücklich, dass Deutschland hauptsächlich in der UN-Stabilisierungsmission in Mali aktiv ist. Die Bundeswehr übernimmt dort vor allem die Luftaufklärung mit Hilfe von Drohnen, die die Sicherheit der Missionskräfte und der Zivilbevölkerung verbessern sollten, indem sie Bewegungen von Rebellengruppen identifizierten.

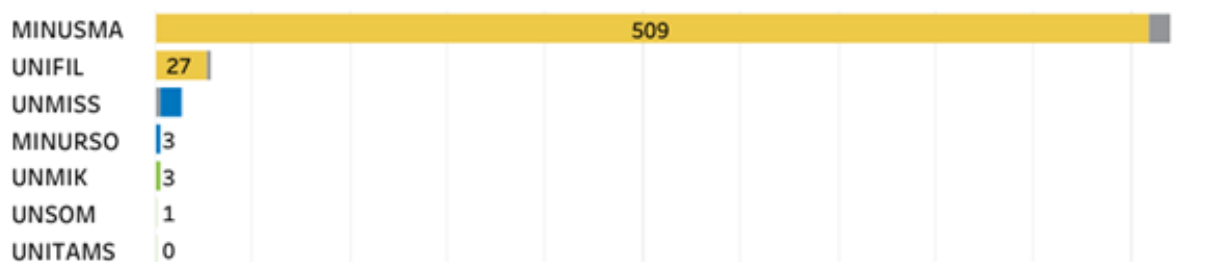


Abbildung 1: Aus Deutschland entsandte Personen in UN-Friedensmissionen. Soldat:innen gelb; Polizist:innen grün; Staboffizier:innen grau; Zivile Expert:innen blau. Stand 31 Juli 2023.¹

¹ Siehe hierzu: <https://peacekeeping.un.org/en/troop-and-police-contributors>. [14.12.23].

Das weitreichende Mandat von MINUSMA, das unter anderem die Ausweitung staatlicher Autorität, Schutz der Zivilbevölkerung und Konfliktmediation mit Rebellengruppen beinhaltet, sowie die Komplexität des malischen Konflikts erschwerten der Mission die Erreichung ihrer Ziele seit geraumer Zeit. Dazu kamen noch zwei Militärputsche im August 2020 und Mai 2021, nach denen sich Assimi Goïta als Anführer der Militärjunta etablierte.² Deren Zusammenarbeit mit der russischen Söldnergruppe Wagner sorgte international für Befürchtungen, dass diese mit den malischen Streitkräften daraufhin vermehrt Menschenrechtsverletzungen begehen würden, wie auch ein Bericht des UN High Commissioner for Human Rights über ein Massaker in Moura nahelegt.³

Nachdem dann die malische Regierung MINUSMA zeitweise keine Überfluggenehmigungen mehr erteilte und damit auch vor allem die deutsche Beteiligung an der Mission massiv beschränkte, beschloss der Bundestag die Beteiligung zu reduzieren und nur noch bis Mai 2024 fortzuführen.⁴ Aufgrund der multiplen Krisen in Mali und MINUSMAs Schwierigkeiten bei der Mandatsumsetzung, die auch mit der anhaltenden Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch Rebellengruppen und Menschenrechtsverletzungen durch die malischen Sicherheitskräfte zusammenhängen, gab es verschiedene Reformvorschläge, die jedoch auch dadurch in Frage gestellt wurden, dass die Regierung unter Goïta mehrfach betonte, MINUSMA solle beendet werden. Auch unter diesem Eindruck beschloss der UN-Sicherheitsrat im Juni 2023 dann einstimmig, MINUSMA zu beenden, sodass die UN seitdem den unmittelbaren Abzug der Mission organisiert.⁵

Peacemaking: Ein deutscher UN-Mediator im Sudan

Seit April 2023 halten zudem intensive Kämpfe im Sudan an, die zwischen den Streitkräften des Staatsoberhauptes Abdel Fattah Burhan und seines Stellvertreters Mohamed Hamdan Dagalo und dessen Resolute Support Forces stattfinden. Die Vermittlungsversuche durch die UN wurden dabei wesentlich von Volker Perthes geleitet, der vom UN-Generalsekretär zum UN-Sonderbeauftragten für Sudan zum Leiter der UN-Übergangsunterstützungsmission UNITAMS berufen wurde.

Zu Beginn der Kämpfe hatte Perthes vor der UN und für die internationale Öffentlichkeit berichtet, dass die Konfliktparteien beide zivile Einrichtungen, wie Häuser oder Gebetsstätten, angreifen und sexuelle Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt wird.⁶ Perthes wurde von Burhan der Lüge bezichtigt und zur unerwünschten Person (persona non grata) erklärt, woraufhin UN-Generalsekretär Guterres darauf verwies, dass dieses diplomatische Instrument auf UN-Personal nicht anwendbar sei und Perthes sein vollstes Vertrauen genieße.⁷ Im September 2023 trat Perthes jedoch von seiner Position zurück, da er die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts für gescheitert ansah.⁸ Diplomatische Bemühungen von Seiten der UN und anderer Akteure setzten sich zwar fort, blieben aber im Rest des Jahres recht niedrigschwellig.

Peacebuilding: Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und der Militärputsch in Niger

Im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland traditionell sehr stark involviert und beteiligt sich als beitragsstärkstes Land

2 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2021): Hintergründe des Militärputsches in Mali. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/852314/0ceca7ff2617162d27084daaa71c78d8/Militaerputsch-Mali-Mai-2021-data.pdf> [14.12.23].

3 UNHCHR (2023): Malian troops, foreign military personnel killed over 500 people during military operation in Moura in March 2022 – UN human rights report. URL: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/05/malian-troops-foreign-military-personnel-killed-over-500-people-during> [14.12.23].

4 Bundesministerium der Verteidigung (2022): Aktueller Sachstand bei der Genehmigung von Überflügen über Mali. URL: <https://www.bmvg.de/de/presse/sachstand-bei-der-genehmigung-von-ueberfluegen-ueber-mali-5479544> [14.12.23]; Deutscher Bundestag (2023): Abzugsmandat für MINUSMA-Einsatz in Mali vorgelegt. URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-946388> [14.12.23].

5 Tull, Denis M. (2022): Bleiben oder gehen: Gibt es noch Zukunftsperspektiven für die Mission in Mali? URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/bleiben-oder-gehen-gibt-es-noch-zukunftsperspektiven-fuer-die-mission-in-mali> [14.12.23].

6 Tagesschau (2023): „Trotzdem muss man weitermachen“. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-perthes-102.html> [14.12.23].

7 Reuters (2023): UN says Sudan cannot apply persona non grata to UN envoy. URL: <https://www.reuters.com/world/africa/un-says-sudan-cannot-apply-persona-non-grata-un-envoy-2023-06-09/> [14.12.23].

8 Tagesschau (2023): Deutscher UN-Sondergesandter tritt zurück. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-sondergesandter-perthes-ru-ektritt-100.html> [14.12.23].

am UN Peacebuilding Fund (Tabelle 1). Aber auch dieses außerordentlich große Engagement wurde auch in diesem Jahr mit Herausforderungen konfrontiert.

Tabelle 1: UN Peacebuilding Fund, 2020-2024. Höchste Beiträge.⁹

Land	Vorgesehene Beiträge 2020-2024
Deutschland	\$148.729.924
Niederlande	\$122.182.583
Schweden	\$101.053.255
Kanada	\$66.197.357
Norwegen	\$54.200.351
Vereinigtes Königreich	\$35.067.034
Dänemark	\$32.803.871
Schweiz	\$22.141.985
Frankreich	\$19.102.381
Australien	\$12.860.677
Irland	\$10.630.426
Finnland	\$10.442.469

Im Juli 2023 wurde zudem im westafrikanischen Niger gegen die demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Mohamed Bazoum geputscht, woraufhin sich General Abdourahmane Tchiani zum Staatsoberhaupt erklärte. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bemühte sich um Vermittlung und erwog gleichzeitig eine Intervention zur Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Regierung. Eine ECOWAS-Intervention gegen die neue Militärregierung kam auch deshalb nicht zustande, weil einige der ECOWAS-Mitgliedstaaten selbst von durch Putsch an die Macht gelangten Militärs regiert werden. Die EU-Staaten koordinierten aber ebenfalls keine gemeinsame Antwort, sondern reagierten einzeln. Im Fall von Deutschland bedeutete dies, dass sich Entwicklungsministerin Svenja

Schulze für Konsultationen mit dem Präsidenten der ECOWAS-Kommission, Omar Alieu, in Nigeria traf und die Bemühungen der Organisation lobte. Schulze war dort als Vorsitzende der Sahel-Allianz, die die internationale Unterstützung für Sahel-Staaten bündelt. Das Ministerium ließ im Anschluss an das Treffen verlauten, dass die Zahlungen, ebenso wie die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausgesetzt wurden, damit die Putschisten nicht frei darüber verfügen können.¹⁰

Viele offene Fragen, viel Justierungsbedarf

All diese politischen Entwicklungen und Ereignisse im Jahr 2023 kommen zu einer Zeit, in der ohnehin schon eine Enquete-Kommission die Beteiligung der Bundeswehr an der US-geführten *Afghanistaneinsatz* aufarbeiten soll, nachdem die Taliban im Sommer 2021 gewaltsam landesweit die Macht übernahmen und die internationalen Einsatzkräfte daraufhin das Land verließen. So werden parlamentarische Organe, zivilgesellschaftliche Akteure und die Bundesregierung für die Zukunft neujustieren müssen, welche Rolle Deutschland in der internationalen Krisenbewältigung übernehmen soll. Dabei muss festgelegt werden, in welcher Form sich Deutschland weiterhin an UN-Friedensmissionen beteiligen will und wie deutsche Mediator:innen im UN-System, oder auch in anderen Kontexten, wie im Fall von Annette Weber als EU-Sondergesandte für das Horn von Afrika, in ihrer Arbeit unterstützt werden können.

Auch die Regierungs- und Parlamentsorgane, die mit internationaler Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt sind, der sich Deutschland weiterhin stark verpflichtet fühlt, müssen sich damit auseinandersetzen, wie humanitäre Hilfe und Entwicklungsprojekte im Angesicht von Regierungsumstürzen und dem Anstieg undemokratischer Regierungen vielerorts in Zukunft weiterhin umgesetzt werden sollen. Angesichts der Krisen, die in diesem Jahr alle Bereiche der internationalen Krisenbewältigung auf verschiedene Arten betroffen haben, bleiben für 2024 viele Baustellen und offene Fragen, die mit Expertise und politischem Willen bearbeitet werden müssen.

⁹ Siehe hierzu: <https://www.un.org/peacebuilding/fund> [14.12.23].

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023): Putschisten sollen kein deutsches Steuergeld bekommen. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/svenja-schulz-besucht-nigeria-im-eindruck-des-niger-putsches-19107547.html> [14.12.23].